

Antwort
der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 14
des Abgeordneten Danny Eichelbaum
CDU-Fraktion
Drucksache 6/41

Personalsituation in den Gerichten des Landes Brandenburg

Wortlaut der Kleinen Anfrage 14 vom 15. Oktober 2014:

Die Justiz im Land Brandenburg gliedert sich in verschiedene Bereiche. Die Gerichte bilden mit der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie den Verwaltungs-, Arbeits-, Familien-, Sozial- und Finanzgerichten einen der wichtigsten Personal- und Sachkörper des Landes. Die Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Judikative im Land Brandenburg muss auch für die kommenden Jahre sichergestellt werden und stellt einen Arbeitsschwerpunkt dar. Für die Gewährleistung dieser Aufgabe ist es notwendig, Engpässe und Problempunkte frühzeitig zu erkennen und diesen entgegenzuwirken.

Ich frage die Landesregierung:

1. Worin liegen nach Auffassung der Landesregierung die Ursachen für überlange Gerichtsverfahren in Brandenburg?
2. Wie viele Personalstellen gab es in den Jahren 2009 bis 2014 in der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie in der Verwaltungs-, Arbeits-, Familien-, Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit des Landes Brandenburg? (Bitte eine tabellarische Darstellung)
3. Wie viele Planstellen gab es in den Jahren 2009 bis 2014 im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz im Land Brandenburg? (Bitte eine tabellarische Darstellung)
4. Wie viel Personalstellen entfielen in den Jahren 2009 bis 2014 in der jeweiligen Gerichtsbarkeit und im Ministerium auf Richterinnen und Richter, auf Personal im höheren, im gehobenen, im mittleren und im einfachen Dienst sowie auf die Raumpflegekräfte und sonstige Lohnempfänger und Personal in Ausbildung? (Bitte eine tabellarische Darstellung)
5. Wie stellt sich die Personalbedarfs- und Personaleinstellungsplanung auch im Hinblick auf die Fragen 2 bis 4 von 2015 bis zum Ende des Jahres 2018 dar? (Bitte eine tabellarische Darstellung)
6. Wie stellen sich die Zahlen der (voraussichtlichen) Altersabgänge und sonstigen Fluktuation in den Jahren 2009 bis 2020 im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz, in der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie in der Verwaltungs-, Arbeits-, Familien-, Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit des Landes Brandenburg dar? (Bitte eine tabellarische Darstellung)
7. Wie hoch sind der Altersdurchschnitt, der Krankenstand sowie die Anzahl von Überstunden des Personals in der jeweiligen Gerichtsbarkeit und im Ministerium in den Jahren 2009 bis 2014? (Bitte eine tabellarische Darstellung)
8. Wie viele ehrenamtliche Richter waren in den Jahren 2009 bis 2014 in der jeweiligen Gerichtsbarkeit im Amt? (Bitte eine tabellarische Darstellung)

9. Wie viele Eingänge, Erledigungen und laufende Verfahren bestanden in den Jahren 2009 bis 2014 in den jeweiligen Instanzen der jeweiligen Gerichtsbarkeiten und wie hoch ist die durchschnittliche Verfahrensdauer? (SGB II Verfahren an den Sozialgerichten bitte gesondert ausweisen; Bitte eine tabellarische Darstellung)
10. Wie viele Eingänge und Erledigungen (Testamente und Erbverträge, Nachlass- und Teilungssachen, Grundbuchsachen, Betreuungen, Vormundschaften, Pflegeschäften, Adoptionssachen, Kirchnaustritte und Registersachen, (eingetragene Vereine, Handelsregister A, Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung)) gab es in den Jahren 2009 bis 2014 bei der freiwilligen Gerichtsbarkeit? (Bitte eine übersichtliche Darstellung)
11. Wie hoch waren in den Jahren 2009 bis 2014 die Ist-Einnahmen (Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Zuweisungen/Zuschüssen) und Ist-Ausgaben (Personal, Sachausgaben, Ausgaben für Zuweisungen/Zuschüsse, Bauausgaben) im Justizhaushalt des Landes Brandenburg? (Bitte eine tabellarische Darstellung)
12. Wie viele Verzögerungsrügen gab es in den Jahren 2009 bis 2014? (Bitte eine tabellarische Darstellung) Welche Maßnahmen sind durch das Justizministerium und die Gerichtsverwaltungen ergriffen worden, um diese Verzögerungsrügen sowie Stand, Fortgang und Abschluss der davon betroffenen Verfahren zu erfassen?
13. In welcher Weise und mit welchen Zwischenergebnissen haben in den Jahren 2009 bis 2014 das Justizministerium und die Gerichtsverwaltungen einerseits zu erwartende Entschädigungsrisiken und andererseits Abhilfekosten durch zusätzliche Personal- beziehungsweise Richterstellen in Gerichten oder Spruchkörpern mit auffällig überdurchschnittlich langen Verfahrensdauern gegeneinander abgewogen?
14. In wie vielen Spruchkörpern welcher Gerichte in Brandenburg lag die durchschnittliche Verfahrensdauer in den Jahren 2009 bis Mitte 2014 mehr als 20 Prozent über dem zuletzt erfassten Bundesdurchschnitt? (Bitte eine tabellarische Darstellung)
15. In wie vielen Spruchkörpern welcher Gerichte gab es in den Jahren 2009 bis Mitte 2014 mehr als 20 Prozent Verfahrensbestand mit mehr als einem Jahr Verfahrensdauer? (Bitte eine tabellarische Darstellung)
16. Waren in den Jahren 2009 bis 2014 Klagen bei den obersten Gerichten des Landes und Bundes, beim Landesverfassungsgericht, beim Bundesverfassungsgericht und beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wegen überlanger Verfahrensdauer an Brandenburger Gerichten anhängig und erfolgreich? Wenn ja, wie viele (bitte aufgliedert nach Gerichtsbarkeit, Gerichten und Jahren)?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Worin liegen nach Auffassung der Landesregierung die Ursachen für überlange Gerichtsverfahren in Brandenburg?

zu Frage 1:

Die Problematik einer möglicherweise entschädigungsrechtlich relevanten Dauer von Verfahren betrifft in Brandenburg nicht alle Gerichtszweige gleichermaßen. Betroffen

davon sind in erster Linie die erstinstanzlichen Gerichte der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit sowie die Finanzgerichtsbarkeit. Zunächst hängt die Dauer eines gerichtlichen Verfahrens vom Einzelfall ab, insbesondere von dem zur Sachverhaltsfeststellung erforderlichen Aufwand, welcher die Vernehmung von Zeugen oder die Einholung von Gutachten umfassen kann. Abgesehen davon sind maßgeblich für die Situation in den genannten Gerichtsbarkeiten in Zeiten sehr hoher Verfahrenseingänge entstandene Bestände, die neben den neu eingehenden Verfahren zu erledigen sind.

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit hat es sich trotz einer gemessen an den Eingangszahlen auskömmlichen Personalausstattung als schwierig erwiesen, die in den 1990er Jahren infolge einer hohen Zahl von Verfahren aus dem Asylrecht sowie komplexer Verfahren aus dem Bereich des vereinigungsbedingten Sonderrechts aufgelaufenen Bestände abzubauen. Das 2010 eingeführte Gesamtkonzept zum Abbau der Altbestände in der Verwaltungsgerichtsbarkeit hat mithilfe einer vorübergehenden Personalverstärkung im richterlichen Bereich allerdings zu einer Verringerung des Bestandes an Altverfahren um 65 % geführt. Während 2007 die durchschnittliche Verfahrensdauer erledigter Klageverfahren 35 Monate betrug, konnte im Jahr 2013 eine durchschnittliche Verfahrensdauer von noch 14,7 Monaten verzeichnet werden, die sich auch im 1. Halbjahr des Jahres 2014 verstetigt hat, vgl. auch Antwort zu Frage 9.

In der Sozialgerichtsbarkeit beruht die Belastung auf den seit Inkrafttreten der Hartz IV-Gesetzgebung zum 1. Januar 2005 immens gestiegenen und auf hohem Niveau stagnierenden Verfahrenseingängen. Die Zahl der jährlich eingehenden Klageverfahren einschließlich der Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes hat sich seither mehr als verdoppelt. Trotz umfangreicher personeller Verstärkung durch die Schaffung zusätzlicher Planstellen und die Unterstützung durch abgeordnete Kräfte anderer Gerichtsbarkeiten sowie einer im Bundesvergleich überdurchschnittlichen Erledigungsleistung ließ sich ein Anstieg der Bestände und der Dauer der Verfahren nicht vermeiden. Unter diesen Umständen muss darauf hingewiesen werden, dass die durchschnittliche Verfahrensdauer an den Sozialgerichten trotz dieser außergewöhnlichen Herausforderungen den Bundesschnitt gleichwohl lediglich um ca. zweieinhalb Monate überschreitet. Zum 1. Oktober 2014 wurden hier sechs weitere Kräfte im richterlichen Dienst eingestellt.

In der Finanzgerichtsbarkeit, deren Bestandsproblem wesentlich auf die Fusion der Fachobergerichte zurückzuführen ist, sind in erheblichem Umfang neue Stellen und ein weiterer Senat eingerichtet worden, um die Verfahrenslaufzeiten zu verkürzen.

Frage 2:

Wie viele Personalstellen gab es in den Jahren 2009 bis 2014 in der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie in der Verwaltungs-, Arbeits-, Familien-, Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit des Landes Brandenburg? (Bitte eine tabellarische Darstellung)

zu Frage 2:

Hinsichtlich der Zahlen für die Jahre 2009 bis 2013 wird auf die jeweilige Antwort der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen 91 (Drs. 5/375, dort zu Frage 1), 947 (Drs. 5/2476, dort zu Frage 1), 1594 (Drs. 5/4162, dort zu Frage 1), 2408 (Drs. 5/6202, dort zu Frage 1) und 3024 (Drs. 5/7738, dort zu Frage 2) verwiesen.

Im Haushaltsplan 2014 sind folgende Planstellen und Stellen ausgebracht:

- a) Ordentliche Gerichtsbarkeit - Kapitel 04 040 -
Gesamt: 2.363 Planstellen und Stellen
- b) Verwaltungsgerichtsbarkeit - Kapitel 04 090 -
Gesamt: 147 Planstellen und Stellen
- c) Finanzgericht Berlin-Brandenburg - Kapitel 04 100 -
Gesamt: 92 Planstellen und Stellen
- d) Arbeitsgerichtsbarkeit - Kapitel 04 110 -
Gesamt: 89 Planstellen und Stellen
- e) Sozialgerichtsbarkeit - Kapitel 04 120 -
Gesamt: 178 Planstellen und Stellen
- f) Landessozialgericht Berlin-Brandenburg - Kapitel 04 121 -
Gesamt: 119 Planstellen und Stellen

Frage 3:

Wie viele Planstellen gab es in den Jahren 2009 bis 2014 im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz im Land Brandenburg? (Bitte eine tabellarische Darstellung)

zu Frage 3:

Im Sinne einer vollständigen Übersicht über die Stellenanzahl im Justizbereich wird die Anzahl der Planstellen und Stellen angegeben.

Hinsichtlich der Zahlen für die Jahre 2009 bis 2013 wird auf die jeweilige Antwort der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen 91 (Drs. 5/375, dort zu Frage 2), 947 (Drs. 5/2476, dort zu Frage 2), 1594 (Drs. 5/4162, dort zu Frage 2), 2408 (Drs. 5/6202, dort zu Frage 2) und 3024 (Drs. 5/7738, dort zu Frage 3) verwiesen.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz des Landes Brandenburg gibt es im Jahr 2014 insgesamt 5.033 Planstellen und Stellen.

Frage 4:

Wie viel Personalstellen entfielen in den Jahren 2009 bis 2014 in der jeweiligen Gerichtsbarkeit und im Ministerium auf Richterinnen und Richter, auf Personal im höheren, im gehobenen, im mittleren und im einfachen Dienst sowie auf die Raumpflegerkräfte und sonstige Lohnempfänger und Personal in Ausbildung? (Bitte eine tabellarische Darstellung)

zu Frage 4:

Hinsichtlich der Zahlen für die Jahre 2009 bis 2013 wird auf die jeweilige Antwort der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen 91 (Drs. 5/375, dort zu Frage 3), 947 (Drs. 5/2476, dort zu Frage 3), 1594 (Drs. 5/4162, dort zu Frage 3), 2408 (Drs. 5/6202, dort zu Frage 3) und 3024 (Drs. 5/7738, dort zu Frage 4) verwiesen.

In der jeweiligen Gerichtsbarkeit und im Ministerium der Justiz entfallen im Jahr 2014 auf die einzelnen Dienste nachfolgende Planstellen und Stellen:

a) Ministerium der Justiz - Kapitel 04 010 -
Gesamt: 125 Planstellen und Stellen

davon:

-	höherer Dienst	50 Planstellen
-	gehobener Dienst	38 Planstellen und Stellen
-	mittlerer Dienst	36 Planstellen und Stellen
-	einfacher Dienst	1 Stelle

b) Ordentliche Gerichtsbarkeit - Kapitel 04 040 -
Gesamt: 2.363 Planstellen und Stellen

davon:

-	höherer Dienst (Richter: 514 Planstellen; sonst. h. D.: 10 Planstellen)	524 Planstellen
-	gehobener Dienst	524 Planstellen und Stellen
-	mittlerer Dienst	1.162 Planstellen und Stellen
-	einfacher Dienst	153 Planstellen und Stellen

Zudem sind 10 sonstige Stellen im Kapitel 04 040 für Richter auf Probe ausgebracht.

c) Verwaltungsgerichtsbarkeit - Kapitel 04 090 -
Gesamt: 147 Planstellen und Stellen

davon:

-	höherer Dienst (Richter)	76 Planstellen
-	gehobener Dienst	11 Planstellen
-	mittlerer Dienst	53 Planstellen und Stellen
-	einfacher Dienst	7 Planstellen und Stellen

Zudem sind 15 sonstige Stellen im Kapitel 04 020 für Richter auf Probe zur Unterstützung der Verwaltungsgerichte zum Abbau von Altverfahren ausgebracht.

d) Finanzgericht Berlin-Brandenburg - Kapitel 04 100 -
Gesamt: 92 Planstellen und Stellen

davon:

-	höherer Dienst (Richter: 47 Planstellen; sonst. h.D.: 1 Planstelle)	48 Planstellen
-	gehobener Dienst	8 Planstellen
-	mittlerer Dienst	33 Planstellen und Stellen
-	einfacher Dienst	3 Planstellen

e) Arbeitsgerichtsbarkeit - Kapitel 04 110 -
Gesamt: 89 Planstellen und Stellen

davon:

-	höherer Dienst (Richter)	26 Planstellen
-	gehobener Dienst	17 Planstellen und Stellen
-	mittlerer Dienst	46 Planstellen und Stellen

f) Sozialgerichtsbarkeit - Kapitel 04 120 -
Gesamt: 178 Planstellen und Stellen

davon:

-	höherer Dienst (Richter)	75 Planstellen
-	gehobener Dienst	16 Planstellen und Stellen
-	mittlerer Dienst	87 Planstellen und Stellen

Zudem sind 15 sonstige Stellen im Kapitel 04 020 für Richter auf Probe zur Unterstützung der Sozialgerichte ausgebracht.

g) Landessozialgericht Berlin-Brandenburg - Kapitel 04 121 -

Gesamt: 119 Planstellen und Stellen

davon:

-	höherer Dienst (Richter: 55 Planstellen; sonst. h.D.: 2 Planstellen und Stellen)	57 Planstellen und Stellen
-	gehobener Dienst	12 Planstellen und Stellen
-	mittlerer Dienst	47 Planstellen und Stellen
-	einfacher Dienst	3 Planstellen

h) Raumpflegekräfte

Stellen für Raumpflegekräfte sind in den Kapiteln nicht gesondert ausgewiesen.

i) Personal in Ausbildung (Stand 30. September 2014)

Ordentliche Gerichtsbarkeit - Kapitel 04 040 -

Gesamt: 431 Personen in Ausbildung

davon:

-	höherer Dienst:	319 Referendare
-	gehobener Dienst:	61 Rechtspflegeranwärter
-	mittlerer Dienst:	51 Auszubildende Justizfachangestellte

Frage 5:

Wie stellt sich die Personalbedarfs- und Personaleinstellungsplanung auch im Hinblick auf die Fragen 2 bis 4 von 2015 bis zum Ende des Jahres 2018 dar? (Bitte eine tabellarische Darstellung)

zu Frage 5:

Die Landesregierung hat mit der Personalbedarfsplanung 2018 beschlossen, die aktuelle Stellenzahl in der Landesverwaltung und der Justiz von derzeit rund 47.500 auf rund 43.000 landesfinanzierte Stellen zum Ende des Jahres 2018 zu reduzieren. Trotz dieses Stellenrückgangs sind jährlich Neueinstellungen beabsichtigt, da eine große Zahl von Beschäftigten - auch in der Justiz - altersbedingt ausscheidet. Soweit die Altersabgänge den Anpassungsbedarf gemäß der Personalbedarfsplanung der Landesregierung übersteigen, können und werden diese durch Neueinstellungen ersetzt werden. Die Realisierung von Einstellungskorridoren ist im Bereich der Justiz im Jahr 2013 bereits erreicht worden und auch in diesem und den nächsten Jahren sichergestellt.

In welchem Umfang in den einzelnen Gerichtsbarkeiten und Diensten Einstellungen in den Jahren 2015 bis 2018 erfolgen werden, kann nicht sicher prognostiziert werden. An welcher Stelle Einstellungen erfolgen werden, hängt maßgeblich vom Personalbedarf ab. In diesem Zusammenhang ist zunächst darauf hinzuweisen, dass der Personalbedarf der Staatsanwaltschaften und Gerichte auf Grund von größtenteils bundeseinheitlichen Bewertungszahlen in Abhängigkeit vom Geschäftsanfall ermittelt wird. Dabei ist für das Land Brandenburg festzustellen, dass in den letzten Jahren - abgesehen von der Sozial- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit - die Verfahrenseingangszahlen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften eher rückläufig sind. Mit sinkenden Verfahrenseingängen ist in der Regel auch ein verringerter Personalbedarf verbunden. Darüber, wie sich die Verfahrenszahlen und damit auch der

Personalbedarf einzelner Gerichtszweige in den Jahren 2015 bis 2018 entwickeln werden, kann allerdings keine sichere und verbindliche Einschätzung abgegeben werden, da die Ursachen für die Entwicklung der Verfahrenszahlen vielschichtig sind.

Die konkreten Einstellungskorridore für die einzelnen Gerichtsbarkeiten und Dienste werden auf Basis der jeweils aktuellen Daten zu Beginn eines jeden Jahres ermittelt.

Frage 6:

Wie stellen sich die Zahlen der (voraussichtlichen) Altersabgänge und sonstigen Fluktuation in den Jahren 2009 bis 2020 im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz, in der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie in der Verwaltungs-, Arbeits-, Familien-, Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit des Landes Brandenburg dar? (Bitte eine tabellarische Darstellung)

zu Frage 6:

Auf die nachfolgende Tabelle wird verwiesen. Die Angaben ab dem Jahr 2014 haben lediglich prognostischen Charakter. Durch die Möglichkeit des vorzeitigen Ruhestandseintritts im Beamtenbereich gemäß § 46 LBG bzw. der Rente ab dem 63. Lebensjahr für langjährig versicherte Beschäftigte sind - konkret nicht vorhersehbare - Verschiebungen zu erwarten. Die nicht altersbedingte Fluktuation kann nur geschätzt werden. Statistische Angaben für die Jahre 2009 und 2010 sind nur für den gesamten Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz, inklusive Staatsanwaltschaften und Vollzug, möglich. Die Familiengerichte gehören zur ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Abgänge	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Geschäftsbereich MdJ	127	125	136	144	122	130	128	126	158	158	165	186
ordentliche Gerichtsbarkeit	k.A.	k.A.	52	64	41	53	44	41	55	64	60	84
Verwaltungsgerichte	k.A.	k.A.	6	4	3	3	1	3	2	2	4	3
Arbeitsgerichte	k.A.	k.A.	5	4	1	1	2	1	3	2	4	5
Sozialgerichte (einschl. LSG B-BB)	k.A.	k.A.	7	5	6	5	3	4	9	5	4	11

Frage 7:

Wie hoch sind der Altersdurchschnitt, der Krankenstand sowie die Anzahl von Überstunden des Personals in der jeweiligen Gerichtsbarkeit und im Ministerium in den Jahren 2009 bis 2014? (Bitte eine tabellarische Darstellung)

zu Frage 7:

Hinsichtlich des Altersdurchschnitts für die Jahre 2009, 2010, 2012 und 2013 wird auf die jeweilige Antwort der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen 91 (Drs. 5/375, dort zu Frage 4), 947 (Drs. 5/2476, dort zu Frage 4), 2408 (Drs. 5/6202, dort zu Frage 4) und 3024 (Drs. 5/7738, dort zu Frage 5) verwiesen. Der Altersdurchschnitt des Personals in den Jahren 2011 und 2014 ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Altersdurchschnitt:

Einrichtung	2011 (Stand September)	2014 (Stand September)
Ministerium	49,5	51,5
Ordentliche Gerichtsbarkeit	46,8	47,8
Verwaltungsgerichte	46	49,25
Finanzgericht	44,25	46
Arbeitsgerichte	48,67	52
Sozialgerichte (einschl. LSG B-BB)	40	43,25

Hinsichtlich des Krankenstandes für die Jahre 2009, 2010 und 2012 wird auf die jeweilige Antwort der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen 947 (Drs. 5/2476, dort zu Frage 4), 1594 (Drs. 5/4162, dort zu Frage 4), 2408 (Drs. 5/6202, dort zu Frage 4 für Richter/innen) und 3024 (Drs. 5/7738, dort zu Frage 5) verwiesen. Der Krankenstand für die Richterinnen und Richter im Jahr 2011 kann der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 2408 (Drs. 5/6202, dort zu Frage 4) entnommen werden.

Folgender Krankenstand war für die Beschäftigten (ohne Richter/innen) im Jahr 2011 zu verzeichnen:

Krankenstand - Stand 31. Dezember 2011

Einrichtung	Beschäftigte (ohne Richter/innen)	Fehlzeiten in Kalendertagen
Ministerium	145	4.881
Ordentliche Gerichtsbarkeit	1.936	56.330
Verwaltungsgerichte	82	2.074
Finanzgericht	46	1.261
Arbeitsgerichte	81	2.245
Sozialgerichte (einschl. LSG B-BB)	102	2.965

Der Krankenstand für das Jahr 2013 ergibt sich aus den nachfolgenden Übersichten, zunächst für die Beschäftigten ohne Richter/innen nach der Fehlzeitenstatistik für das Jahr 2013, alsdann für den richterlichen Bereich laut Abwesenheitsstatistik.

Krankenstand - Stand 31. Dezember 2013

Einrichtung	Beschäftigte (ohne Richter/innen)	Fehlzeiten in Kalendertagen
Ministerium	141	4.177
Ordentliche Gerichtsbarkeit	1.909	60.695
Verwaltungsgerichte	74	1.895
Finanzgericht	46	728
Arbeitsgerichte	73	1.580
Sozialgerichte (einschl. LSG B-BB)	109	3.266

Krankenstand: Stand: 31. Dezember 2013

Gerichtsbarkeit	Anzahl der Richter/innen	Fehlzeiten (Arbeitstage)
Ordentliche Gerichtsbarkeit	487	4.942
Verwaltungsgerichte	69	1.078
Finanzgericht	47	255
Arbeitsgerichte	34	417
Sozialgerichte (einschl. LSG B-BB)	132	1.509

Der Krankenstand für das Jahr 2014 kann mangels statistischer Daten noch nicht mitgeteilt werden.

Überstunden:

Die Bediensteten des Justizressorts nutzen die arbeitszeitlichen Möglichkeiten im Rahmen der Gleitzeit. Dadurch erbrachte „Überstunden“ werden zu gegebener Zeit wieder durch Freizeit ausgeglichen. Eine Statistik zum Umfang der im Rahmen der Gleitzeit erbrachten Zeitguthaben wird nicht geführt.

Für Richter/innen gilt die Arbeitszeitverordnung vom 16. September 2009 nicht.

Frage 8:

Wie viele ehrenamtliche Richter waren in den Jahren 2009 bis 2014 in der jeweiligen Gerichtsbarkeit im Amt? (Bitte eine tabellarische Darstellung)

zu Frage 8:

Hinsichtlich der Angaben für die Jahre 2009 bis 2012 wird auf die jeweilige Antwort der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen 91 (Drs. 5/375, dort zu Frage 5), 947 (Drs. 5/2476, dort zu Frage 5), 1594 (Drs. 5/4162, dort zu Frage 5), 2408 (Drs. 5/6202, dort zu Frage 5) und 3024 (Drs. 5/7738, dort zu Frage 6) verwiesen.

Die Anzahl der in den Jahren 2013 und 2014 in der ordentlichen Gerichtsbarkeit gewählten bzw. bestellten ehrenamtlichen Richter ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

Ordentliche Gerichtsbarkeit	2013	2014
Haupt- und Hilfsschöffen bei den Amts- und Landgerichten	2.362	2.259
Ehrenamtliche Richter in Landwirtschaftssachen	60	56
Ehrenamtliche Richter der Kammern für Handelssachen	71	62
Ehrenamtliche Richter der Kammer bzw. des Senats für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen	12	12

Die Anzahl der in den Jahren 2013 und 2014 in der Finanz- und Verwaltungsgerichtsbarkeit gewählten ehrenamtlichen Richter ist aus der nachstehenden Übersicht ersichtlich:

Finanz- und Verwaltungsgerichtsbarkeit	2013	2014
Ehrenamtliche Richter beim Finanzgericht Berlin-Brandenburg (aus Berlin und Brandenburg insg.)	265	265
Ehrenamtliche Richter bei den Verwaltungsgerichten im Land Brandenburg	267*	267
Ehrenamtliche Richter beim Obergerichtsgericht Berlin-Brandenburg (aus Berlin und Brandenburg insg.)	120	120

* Aktualisiert aufgrund der im Jahr 2013 erfolgten Wahlen der ehrenamtlichen Richter bei den Verwaltungsgerichten, die teilweise erst im 2. Halbjahr - nach Beantwortung der Kleinen Anfrage 3024 (LT-Drs. 5/7738, dort zu Frage 6) - durchgeführt wurden.

Bei dem Verwaltungsgericht Potsdam und bei dem Obergerichtsgericht Berlin-Brandenburg sind daneben noch ca. 200 ehrenamtliche Richter in den Kammern/Senaten für Personalvertretungsangelegenheiten des Landes und des Bundes sowie als Beisitzer der Kammern/Senate für Disziplinarsachen nach Landes- und Bundesrecht, des Landesberufungsgerichts/Berufungsgerichts für Heilberufe sowie der Disziplinarkammer nach § 66 Abs. 3 des Zivildienstgesetzes tätig.

In der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit gibt es keine einheitlichen Amtsperioden. Die Berufung ehrenamtlicher Richter erfolgt kontinuierlich nach Bedarf. Deshalb kann die Anzahl der an einem Gericht tätigen ehrenamtlichen Richter innerhalb eines Jahres - beispielsweise durch Ablauf der Amtszeit und zeitlich verzögerter Nachberufung - leicht differieren. Die Amtszeit der ehrenamtlichen Richter beträgt fünf Jahre. Die nachstehende Übersicht enthält daher stichtagsbezogene Angaben:

Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit	2013	2014
Stichtag	1. Juli 2013	15. Oktober 2014
Ehrenamtliche Richter bei den Arbeitsgerichten in Brandenburg	750	757
Ehrenamtliche Richter beim Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg (aus Berlin und Brandenburg insg.)	370	364
Ehrenamtliche Richter bei den Sozialgerichten im Land Brandenburg	676	678
Ehrenamtliche Richter beim Landessozialgericht Berlin-Brandenburg (aus Berlin und Brandenburg insg.)	299	293

Frage 9:

Wie viele Eingänge, Erledigungen und laufende Verfahren bestanden in den Jahren 2009 bis 2014 in den jeweiligen Instanzen der jeweiligen Gerichtsbarkeiten und wie hoch ist die durchschnittliche Verfahrensdauer? (SGB II Verfahren an den Sozialgerichten bitte gesondert ausweisen; Bitte eine tabellarische Darstellung)

zu Frage 9:

Die Geschäftsbelastung der Gerichte des Landes Brandenburg für die Jahre 2009 bis 2013 und das 1. Halbjahr 2014, gegliedert nach Eingängen, Erledigungen, Beständen und durchschnittlicher Verfahrensdauer, ergibt sich aus Anlage 1.

Die Geschäftszahlen beruhen auf den jährlichen Angaben der Gerichte, die vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zusammengetragen und ausgewertet werden. Die statistischen Daten liegen aktuell bis einschließlich II. Quartal 2014 vor. Erledigungen in Zwangsvollstreckungssachen werden statistisch nicht ausgewiesen.

Zum 1. Juli 2005 sind die Oberverwaltungsgerichte und Landessozialgerichte und zum 1. Januar 2007 die Finanzgerichte und Landesarbeitsgerichte der Länder Berlin und Brandenburg zusammengelegt worden. Die Daten für das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, das Finanzgericht Berlin-Brandenburg und das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg bilden deshalb Verfahren aus der Berliner und Brandenburger Gerichtsbarkeit insgesamt ab.

Frage 10:

Wie viele Eingänge und Erledigungen (Testamente und Erbverträge, Nachlass- und Teilungssachen, Grundbuchsachen, Betreuungen, Vormundschaften, Pflegschaften, Adoptionssachen, Kirchenaustritte und Registersachen, (eingetragene Vereine, Handelsregister A, Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung)) gab es in den Jahren 2009 bis 2014 bei der freiwilligen Gerichtsbarkeit? (Bitte eine übersichtliche Darstellung)

zu Frage 10:

Die Erfassung des Geschäftsanfalls in den in der Frage 10 benannten Verfahren erfolgt im Wesentlichen anhand von bundeseinheitlichen statistischen Vorgaben in den Geschäftsübersichten der Gerichte des Landes Brandenburg. Die entsprechenden Daten für die Jahre 2009 bis 2013 sowie für das 1. Halbjahr 2014 sind in der Anlage 2 dargestellt. Die durchschnittliche Verfahrensdauer wird in diesen Verfahren statistisch nicht erfasst und steht deshalb nicht zur Verfügung.

Zur Übersicht sind folgende Anmerkungen veranlasst:

- Testamente und Erbverträge, Nachlass- und Teilungssachen
Ausgewiesen werden die Eingänge, getrennt nach Testamentssachen und sonstigen Nachlasssachen. Die Zahl der Erbverträge, Nachlass- und Teilungssachen lässt sich der Statistik nicht gesondert entnehmen.
- Grundbuchsachen
Seit 2003 wird die Zahl der eingereichten Urkunden in Grundbuchsachen erfasst. Dabei können sich in einer Urkunde mehrere Anträge befinden.
- Betreuungen, Vormundschaften und Pflegschaften
In der Anlage dargestellt sind die jeweils am Ende eines Jahres anhängigen Verfahren. Im Jahr 2009 wurden die Zahlen für die Pflegschaften noch nicht getrennt nach Vormundschafts- und Betreuungsgericht erhoben. Diese Unterscheidung erfolgt erst seit 2010 nach Inkrafttreten des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) zum 1. September 2009.
- Adoptionssachen
Ausgewiesen werden seit dem Jahr 2010 die Erledigungen. Für das Jahr 2009 sind hingegen die anhängig gemachten Adoptionssachen dargestellt. Auch hier hat sich die Art der statistischen Erhebung aufgrund des Inkrafttretens des FamFG geändert.
- Kirchenaustritte
Ausgewiesen wird die Zahl der Kirchenaustritte.

Frage 11:

Wie hoch waren in den Jahren 2009 bis 2014 die Ist-Einnahmen (Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Zuweisungen/Zuschüssen) und Ist-Ausgaben (Personal, Sachausgaben, Ausgaben für Zuweisungen/Zuschüsse, Bauausgaben) im Justizhaushalt des Landes Brandenburg? (Bitte eine tabellarische Darstellung)

zu Frage 11:

Die Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben der Gerichte im Justizhaushalt der Jahre 2009 bis 2014 sind in Anlage 3 dargestellt. Hingegen enthält der Justizhaushalt (Einzelplan 04) keine Bauausgaben für die Gerichte des Landes Brandenburg. Bauausgaben sind in der Beilage zum Einzelplan 12 des MdF etatisiert und werden durch den BLB bewirtschaftet. Bauunterhaltungsmaßnahmen für die Gerichte werden vom BLB zudem aus der von der Justiz gezahlten Miete finanziert. Die in der Anlage 3 für die Jahre 2009 bis 2014 ausgewiesenen Bauausgaben beruhen auf den Angaben des BLB.

Frage 12:

Wie viele Verzögerungsrügen gab es in den Jahren 2009 bis 2014? (Bitte eine tabellarische Darstellung) Welche Maßnahmen sind durch das Justizministerium und die Gerichtsverwaltungen ergriffen worden, um diese Verzögerungsrügen sowie Stand, Fortgang und Abschluss der davon betroffenen Verfahren zu erfassen?

zu Frage 12:

Das Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren ist am 3. Dezember 2011 in Kraft getreten. Hiermit korrespondierend werden im Land Brandenburg für die einzelnen Gerichtsbarkeiten und Staatsanwaltschaften ab dem Jahr 2012 quartalsweise sowohl die Anzahl der eingegangenen Verzögerungsrügen als auch die Anzahl der gerichtlichen Entschädigungsverfahren erfasst. Durch entsprechende aktenmäßige Erfassung ist zudem sichergestellt, dass alle Verfahren, in denen Verzögerungsrügen erhoben wurden, über das Aktenzeichen aufgefunden und ausgewertet werden können. Seit 1. Januar 2013 werden die Entschädigungsklagen bundeseinheitlich in den Justizstatistiken ausgewiesen.

Hinsichtlich der Anzahl der im Jahr 2012 eingegangenen Verzögerungsrügen und Entschädigungsklagen wird auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 3024 (Drs. 5/7738, dort zu Frage 10) verwiesen. Die betreffenden Übersichten hierüber für das Jahr 2013 und die ersten beiden Quartale 2014 sind als Anlage 4 beigefügt. Die dort genannten Zahlen beinhalten auch den Berliner Anteil der an den gemeinsamen Fachobergerichten eingegangenen Verzögerungsrügen und Entschädigungsklagen.

Im Übrigen wird bei den in regelmäßigen Abständen stattfindenden Geschäftsprüfungen der Gerichte und Staatsanwaltschaften besonderes Augenmerk auf die Prüfung von Verfahren mit langer Bearbeitungsdauer gelegt, um die Ursachen hierfür feststellen und erforderlichenfalls Vorkehrungen für eine Erledigung in angemessener Zeit treffen zu können. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass bei Verfahren in Rechtssachen die Möglichkeit der Einflussnahme durch die Landesjustizverwaltungen begrenzt ist, da richterliche Sach- und Verfahrensentscheidungen aufgrund der richterlichen Unabhängigkeit grundsätzlich der dienstaufsichtlichen Kontrolle entzogen sind und eine Prüfung sich nur auf den äußeren Ordnungsbereich umfassende Tätigkeiten beschränken kann, die dem Kernbereich der eigentlichen Rechtsprechung und sonstiger, dem Richter übertragener Aufgaben so weit entrückt sind, dass für sie die Garantie des Art. 97 Abs. 1 GG nicht mehr in Anspruch genommen werden kann (vgl. hierzu BGH NJW 1984, 2535, 2536 und BGH NJW 1977, 437).

Frage 13:

In welcher Weise und mit welchen Zwischenergebnissen haben in den Jahren 2009 bis 2014 das Justizministerium und die Gerichtsverwaltungen einerseits zu erwartende Entschädigungsrisiken und andererseits Abhilfekosten durch zusätzliche Personal- beziehungsweise Richterstellen in Gerichten oder Spruchkörpern mit auffällig überdurchschnittlich langen Verfahrensdauern gegen einander abgewogen?

zu Frage 13:

Im Hinblick auf den erfragten Zeitraum ist zunächst darauf hinzuweisen, dass das Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen

Ermittlungsverfahren erst am 3. Dezember 2011 in Kraft getreten ist (vgl. auch die Antwort zu Frage 12). Im Übrigen wird zur Beantwortung auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 3024 (Drs. 5/7738, dort zu Frage 11) verwiesen. Die dort genannten grundsätzlichen Erwägungen gelten unverändert.

Frage 14:

In wie vielen Spruchkörpern welcher Gerichte in Brandenburg lag die durchschnittliche Verfahrensdauer in den Jahren 2009 bis Mitte 2014 mehr als 20 Prozent über dem zuletzt erfassten Bundesdurchschnitt? (Bitte eine tabellarische Darstellung)

zu Frage 14:

In Anlage 1 wird für die dort aufgeführten einzelnen Verfahrensarten die jeweilige Verfahrensdauer im Bundesdurchschnitt angegeben. Der Bundesdurchschnitt wurde für die Fachgerichtsbarkeiten aus der sogenannten „Sächsischen Tabelle“ und für die ordentliche Gerichtsbarkeit aus der sogenannten „Berliner Übersicht“ entnommen. Die „Sächsische Tabelle“ und die „Berliner Übersicht“ werden unter Berücksichtigung der statistischen Daten aller Länder jährlich neu erstellt. Für das Jahr 2014 liegen die vorgenannten länderübergreifenden Übersichten noch nicht vor. Die für die Gerichte des Landes Brandenburg für die ersten beiden Quartale 2014 ermittelten Verfahrenslaufzeiten können deshalb nicht mit dem Bundesdurchschnitt verglichen werden.

Die jeweilige Verfahrensdauer im Bundesdurchschnitt wird in der in Anlage 1 enthaltenen tabellarischen Übersicht den bei den Brandenburger Gerichten für die Jahre 2009 bis 2013 erhobenen Daten zur Verfahrensdauer gegenübergestellt. Ferner wird die prozentuale Abweichung der jeweils festgestellten Verfahrensdauern zum Bundesdurchschnitt ausgewiesen, wobei auch Abweichungen von unter 20 Prozent dargestellt werden. Bei mit dem Vorzeichen „minus“ enthaltenen Prozentzahlen ist die Verfahrensdauer bezüglich der betreffenden Verfahrensart im Land Brandenburg kürzer als im Bundesdurchschnitt.

Für erstinstanzliche Klageverfahren am Landessozialgericht Berlin-Brandenburg und einstweilige Rechtsschutzanträge im Zusammenhang mit Verfahren nach § 29 Absatz 2 und 4 Sozialgerichtsgesetz weisen die oben genannten länderübergreifenden Übersichten keine bundesdurchschnittliche Verfahrenslaufzeit aus. Ein Vergleich mit den für das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg ermittelten Verfahrenslaufzeiten kann daher insoweit nicht erfolgen.

Nicht zur Verfügung gestellt werden kann zudem eine auf einzelne Spruchkörper bezogene Darstellung, da konkret richterbezogene Angaben zur Verfahrensdauer der Landesjustizverwaltung nicht vorliegen. Insoweit wird auch auf die Antwort zu Frage 12 und die dort enthaltenen Bemerkungen zur richterlichen Unabhängigkeit verwiesen. Es erfolgt daher in Anlage 1 eine verfahrensartbezogene Darstellung für die Instanzgerichte der einzelnen Gerichtsbarkeiten.

Frage 15:

In wie vielen Spruchkörpern welcher Gerichte gab es in den Jahren 2009 bis Mitte 2014 mehr als 20 Prozent Verfahrensbestand mit mehr als einem Jahr Verfahrensdauer? (Bitte eine tabellarische Darstellung)

zu Frage 15:

Eine Statistik wird nur zur Verfahrensdauer bereits erledigter Verfahren geführt. Die Verfahrensdauer noch nicht erledigter Verfahrensbestände wird statistisch nicht erfasst, weshalb statistisches Material zur Beantwortung der Frage nicht zur Verfügung steht.

Frage 16:

Waren in den Jahren 2009 bis 2014 Klagen bei den obersten Gerichten des Landes und Bundes, beim Landesverfassungsgericht, beim Bundesverfassungsgericht und beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wegen überlanger Verfahrensdauer an Brandenburger Gerichten anhängig und erfolgreich? Wenn ja, wie viele (bitte aufgliedert nach Gerichtsbarkeit, Gerichten und Jahren)?

zu Frage 16:

Eine tabellarische Übersicht über die Anzahl der im erfragten Zeitraum anhängigen und (auch teilweise) erfolgreichen Entschädigungsklagen wegen überlanger Gerichtsverfahren an Brandenburger Gerichten ist als Anlage 5 beigefügt. In den Jahren 2009 bis 2014 waren einzelne Klagen wegen überlanger Verfahrensdauer an Brandenburger Gerichten erfolgreich, wobei in der Aufstellung im Gegensatz zur Anlage 4 die gemeinsamen Fachobergerichte mit Berlin nur insoweit als Brandenburger Gerichte verstanden werden als sie Rechtsprechung für das Land Brandenburg ausgeübt haben und das Land Brandenburg Beklagter war.

Statistisch werden zudem lediglich die Eingänge, nicht hingegen die Art und der Zeitpunkt der Erledigungen erfasst. Die in der Anlage 5 zu den Erledigungen mitgeteilten Zahlen beruhen daher auf den Angaben des Geschäftsbereiches mit dem Stand Mitte Oktober 2014. Statistische Angaben über die Anzahl der Eingänge von Entschädigungsklagen liegen zudem bislang nur bis zum II. Quartal 2014 vollständig vor. Die zu den Eingängen von Entschädigungsklagen darüber hinausgehend bis Mitte Oktober 2014 getätigten Angaben basieren ebenfalls auf den Mitteilungen des Geschäftsbereiches.

Geschäftsentwicklung an den Gerichten im Land Brandenburg

Amtsgerichte

Amtsgerichte

Zivilsachen

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	32.748	32.529	15.214	5,2	4,6	13,0
2010	31.648	31.645	15.217	5,5	4,7	17,0
2011	32.067	31.969	15.315	5,5	4,6	19,6
2012	30.418	31.052	14.681	5,6	4,7	19,1
2013	29.293	29.375	14.539	5,6	4,7	19,1
I. Quartal 2014	7.228	7.375	14.392	5,9	-	-
II. Quartal 2014	6.969	7.205	14.156	5,7	-	-
1. Hj. 2014	14.197	14.580	14.156	-	-	-

Amtsgerichte

Familien­sachen

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten*	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	18.218	16.200	13.755	-	-	-
2010	24.331	18.837	19.251	7,8	6,9	13,0
2011	23.310	23.666	18.894	8,3	7,0	18,6
2012	22.952	22.919	18.927	9,2	6,8	35,3
2013	21.897	23.945	16.879	9,6	6,9	39,1
I. Quartal 2014	5.438	6.222	16.095	9,6	-	-
II. Quartal 2014	4.894	6.046	14.943	9,2	-	-
1. Hj. 2014	10.332	12.268	14.943	-	-	-

* Auf Grund der Statistikumstellung nach dem FamFG ab dem 1. September 2009 beinhaltet das IV. Quartal 2009 zusätzlich die Zahlen des Monats September. Ein einheitliches Jahresergebnis liegt für 2009 nicht vor, deshalb ist eine Ausweisung der Verfahrenslaufzeit nicht möglich.

Amtsgerichte**Strafsachen**

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand*	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	33.123	33.800	10.397	4,4	3,9	12,8
2010	29.400	30.267	9.530	4,6	3,8	21,1
2011	28.045	28.151	9.424	4,7	3,8	23,7
2012	25.889	26.325	8.988	4,9	3,8	28,9
2013	23.869	24.261	8.596	5,0	3,8	31,6
I.Quartal 2014	6.114	6.001	8.709	5,3	-	-
II. Quartal 2014	5.900	5.783	8.826	5,1	-	-
1. Hj. 2014	12.014	11.784	8.826	-	-	-

* Im I. Quartal 2009 ist beim AG Zossen eine Bestandskorrektur durchgeführt worden.

Amtsgerichte**Bußgeldsachen**

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	20.392	19.663	7.325	3,8	2,9	31,0
2010	21.103	20.615	7.813	4,2	2,9	44,8
2011	21.990	22.011	7.792	4,4	2,9	51,7
2012	19.359	21.568	5.583	4,1	2,9	41,4
2013	17.177	16.846	5.914	4,0	2,8	42,9
I.Quartal 2014	5.394	4.970	6.338	3,7	-	-
II. Quartal 2014	4.738	4.796	6.280	3,6	-	-
1. Hj. 2014	10.132	9.766	6.280	-	-	-

Amtsgerichte**Zwangsversteigerungen/ Zwangsverwaltungen**

Jahr	Eingänge Zwangsversteigerungen Zwangsverwaltungen	Eingänge Sonstige Vollstreckungssachen
2009	3.884	97.606
2010	3.247	98.131
2011	2.908	99.213
2012	2.777	98.198
2013	2.141	72.191
I.Quartal 2014	513	18.920
II. Quartal 2014	454	18.691
1. Hj. 2014	967	37.611

Landgerichte

Landgerichte

Zivilsachen 1. Instanz (einschließlich Kammern für Handelssachen)

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand*	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	9.318	9.215	7.445	9,4	8,4	11,9
2010	8.757	8.646	7.559	9,9	8,2	20,7
2011	8.570	8.467	7.663	10,4	8,3	25,3
2012	8.538	8.018	8.183	10,3	8,4	22,6
2013	8.285	8.018	8.450	10,9	8,8	23,9
I. Quartal 2014	1.817	2.046	8.221	11,8	-	-
II. Quartal 2014	1.772	2.023	7.970	12,1	-	-
1. Hj. 2014	3.589	4.069	7.970	-	-	-

* Abweichungen zur Differenz aus Neuzugängen und Erledigungen ergeben sich aus Bestandsberichtigungen

Landgerichte

Strafsachen 1. Instanz

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand*	durchschn. Verfahrensdauer	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	334	333	195	7,5	6,2	21,0
2010	336	330	201	8,4	6,3	33,3
2011	327	311	217	8,7	6,4	35,9
2012	296	296	217	8,6	6,6	30,3
2013	325	345	197	7,8	6,6	18,2
I. Quartal 2014	60	50	207	10,5	-	-
II. Quartal 2014	82	60	229	7,5	-	-
1. Hj. 2014	142	110	229	-	-	-

* Abweichungen zur Differenz aus Neuzugängen und Erledigungen ergeben sich aus Bestandsberichtigungen

Anlage 1

Landgerichte

Berufungen in Zivilsachen

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand*	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	1.590	1.561	926	6,5	5,7	14,0
2010	1.558	1.642	842	6,9	5,9	16,9
2011	1.620	1.559	903	6,8	6,0	13,3
2012	1.651	1.557	997	6,6	6,2	6,5
2013	1.651	1.623	1.025	7,3	6,3	15,9
I. Quartal 2014	374	374	1.025	7,3	-	-
II. Quartal 2014	433	380	1.078	7,9	-	-
1. Hj. 2014	807	754	1.078	-	-	-

* Abweichungen zur Differenz aus Neuzugängen und Erledigungen ergeben sich aus Bestandsberichtigungen

Landgerichte

Berufungen in Strafsachen

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand*	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	1.835	1.834	823	5,2	4,4	18,2
2010	1.558	1.621	760	6,1	4,3	41,9
2011	1.536	1.442	854	6,5	4,3	51,2
2012	1.493	1.473	874	7,3	4,4	65,9
2013	1.390	1.384	880	7,2	4,5	60,0
I. Quartal 2014	299	299	880	7,3	-	-
II. Quartal 2014	326	347	859	8,2	-	-
1. Hj. 2014	625	646	859	-	-	-

* Abweichungen zur Differenz aus Neuzugängen und Erledigungen ergeben sich aus Bestandsberichtigungen

Brandenburgisches Oberlandesgericht

Brandenburgisches Oberlandesgericht

Berufungen in Zivilsachen

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	1.406	1.385	1.108	9,0	7,9	13,9
2010	1.308	1.307	1.109	9,6	8,0	20,0
2011	1.263	1.362	1.010	10,3	8,2	25,6
2012	1.170	1.137	1.043	10,8	8,6	25,6
2013	1.165	1.130	1.078	11,0	8,7	26,4
I. Quartal 2014	321	309	1.090	10,8	-	-
II. Quartal 2014	324	278	1.136	10,2	-	-
1. Hj. 2014	645	587	1.136	-	-	-

Brandenburgisches Oberlandesgericht

Familien­sachen in der Rechtsmittelinstanz

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	611	613	333	*		
2010	760	619	474	5,5	4,7	17,0
2011	1.286	1.063	697	5,0	4,4	13,6
2012	1.016	1.140	573	6,4	5,0	28,0
2013	1.115	1.179	509	7,0	5,1	37,3
I. Quartal 2014	288	272	525	5,7	-	-
II. Quartal 2014	269	298	496	6,6	-	-
1. Hj. 2014	557	570	496	-	-	-

* Auf Grund der Statistikumstellung nach dem FamFG ab dem 1. September 2009 beinhaltet das IV. Quartal 2009 zusätzlich die Zahlen des Monats September. Ein einheitliches Jahresergebnis liegt für 2009 nicht vor, deshalb ist eine Ausweisung der Verfahrenslaufzeit nicht möglich.

Brandenburgisches Oberlandesgericht

Revisionen in Strafsachen

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	194	180	38	1,6	1,3	23,1
2010	209	196	53	2,2	1,4	57,1
2011	169	189	30	2,3	1,3	76,9
2012	167	176	21	1,7	1,2	41,7
2013	215	207	29	1,6	1,3	23,1
I. Quartal 2014	45	44	30	2,1	-	-
II. Quartal 2014	30	44	16	1,8	-	-
1. Hj. 2014	75	88	16	-	-	-

Brandenburgisches Oberlandesgericht

Rechtsbeschwerden in Bußgeldsachen

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	480	448	64	1,2	0,9	33,3
2010	624	623	65	1,5	0,9	66,7
2011	538	550	51	1,8	0,9	100,0
2012	750	724	77	1,2	0,9	33,3
2013	628	650	55	1,1	0,9	22,2
I. Quartal 2014	179	179	55	0,9	-	-
II. Quartal 2014	171	138	88	1,0	-	-
1. Hj. 2014	350	317	88	-	-	-

Verwaltungsgerichte

Verwaltungsgerichte

Haupt- und Eilverfahren

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand
2009	7.130	7.992	11.680
2010	6.129	8.759	9.065
2011	6.535	7.895	7.709
2012	7.185	7.665	7.527
2013	8.780	6.939	9.075
I. Quartal 2014	2.195	1.674	9.598
II. Quartal 2014	2.295	1.759	10.135
1. Hj. 2014	4.490	3.433	10.135

davon Hauptverfahren

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	5.465	6.215	11.077	27,5	11,3	143,4
2010	4.531	7.062	8.556	25,0	10,9	129,4
2011	4.810	6.039	7.329	24,5	10,8	126,9
2012	5.472	5.999	6.803	19,5	9,8	99,0
2013	6.993	5.250	8.550	14,7	8,7	69,0
I. Quartal 2014	1.641	1.062	9.131	15,3	-	-
II. Quartal 2014	1.721	1.232	9.621	14,3	-	-
1. Hj. 2014	3.362	2.294	9.621	-	-	-

davon Eilverfahren

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	1.665	1.777	603	4,5	2,2	104,5
2010	1.598	1.697	509	4,8	2,2	118,2
2011	1.725	1.856	380	3,7	2,4	54,2
2012	1.713	1.666	724	2,7	2,2	22,7
2013	1.787	1.689	525	2,6	1,9	36,8
I. Quartal 2014	554	612	467	2,3	-	-
II. Quartal 2014	574	527	514	1,9	-	-
1. Hj. 2014	1.128	1.139	514	-	-	-

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Verfahren 1. Instanz

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Klagen	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	77	73	99	12,7	14,6	-13,0
2010	58	68	89	20,1	15,7	28,0
2011	55	53	91	18,8	15,8	19,0
2012	113	73	131	15,6	14,8	5,4
2013	98	49	180	16,7	16,2	3,1
I. Quartal 2014	16	8	188	16,1	-	-
II. Quartal 2014	26	46	168	12,2	-	-
1. Hj. 2014	42	54	168	-	-	-

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Berufungen, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Disziplinar- und Personalvertretungssachen

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Berufungen	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	1.510	1.198	1.479	9,9	10,5	-5,7
2010	1.474	1.220	1.733	11,5	10,7	7,5
2011	1.741	1.728	1.745	12,1	9,6	26,0
2012	1.599	1.668	1.677	13,6	10,1	34,7
2013	1.557	1.487	1.747	13,1	10,0	31,0
I. Quartal 2014	361	435	1.673	15,1	-	-
II. Quartal 2014	386	346	1.713	13,2	-	-
1. Hj. 2014	747	781	1.713	-	-	-

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Beschwerden gegen Entscheidungen über Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz, Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Berufungen	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	1.173	1.144	366	3,8	3,3	15,2
2010	1.113	1.169	310	3,8	3,4	11,8
2011	1.351	1.333	328	3,4	3,0	13,3
2012	1.075	1.132	271	3,6	2,9	24,1
2013	1.173	979	464	2,9	3,3	-12,1
I. Quartal 2014	195	303	356	5,7	-	-
II. Quartal 2014	186	192	350	3,3	-	-
1. Hj. 2014	381	495	350	-	-	-

Finanzgericht Berlin-Brandenburg

Finanzgericht Berlin-Brandenburg

Klagen

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	3.860	4.106	6.786	23,7	18,1	30,9
2010	4.056	4.154	6.728	23,5	17,5	34,3
2011	3.907	4.240	6.449	22,8	16,8	35,7
2012	3.707	4.418	5.740	22,0	16,6	32,5
2013	3.729	4.012	5.472	21,0	15,9	32,1
I. Quartal 2014	884	1.049	5.311	20,0	-	-
II. Quartal 2014	910	1.169	5.054	20,2	-	-
1. Hj. 2014	1.794	2.218	5.054	-	-	-

Finanzgericht Berlin-Brandenburg

Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	895	859	375	4,7	4,1	14,6
2010	820	873	326	5,1	4,1	24,4
2011	853	868	312	4,8	3,9	23,1
2012	854	826	342	4,4	3,6	22,2
2013	819	892	272	5,9	3,8	55,3
I. Quartal 2014	212	189	297	4,9	-	-
II. Quartal 2014	168	194	271	5,1	-	-
1. Hj. 2014	380	383	271	-	-	-

Sozialgerichte

Sozialgerichte

Klageverfahren ohne Eilverfahren

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	18.509	16.605	25.945	15,3	14,0	9,3
2010	19.699	17.737	27.907	15,9	13,7	16,1
2011	22.573	19.161	31.320	15,6	14,0	11,4
2012	23.012	20.171	34.161	16,2	14,3	13,3
2013	22.464	21.722	34.906	17,0	14,4	18,1
I.Quartal 2014	5.690	5.412	35.184	17,1	-	-
II. Quartal 2014	5.305	5.065	35.431	18,7	-	-
1. Hj. 2014	10.995	10.477	35.431	-	-	-

Sozialgerichte

Eilverfahren

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	1.691	1.698	204	1,6	1,2	33,3
2010	1.668	1.673	201	1,3	1,2	8,3
2011	1.615	1.621	193	1,6	1,2	33,3
2012	1.733	1.718	208	1,5	1,3	15,4
2013	1.672	1.707	173	1,4	1,1	27,3
I.Quartal 2014	415	405	183	1,4	-	-
II. Quartal 2014	378	389	172	1,4	-	-
1. Hj. 2014	793	794	172	-	-	-

Sozialgerichte SGB II Verfahren

Sozialgerichte

SGB II-Klageverfahren ohne Eilverfahren

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	10.003	8.405	12.159	12,6	11,1	13,5
2010	11.107	9.337	13.927	13,2	11,3	16,8
2011	13.795	10.744	17.027	13,6	12,2	11,5
2012	14.449	11.862	19.612	14,1	13,3	6,0
2013	14.201	13.089	20.726	15,5	14,0	10,7
I.Quartal 2014	3.593	3.297	21.023	16,0	-	-
II. Quartal 2014	3.263	3.136	21.157	16,7	-	-
1. Hj. 2014	6.856	6.433	21.157	-	-	-

Sozialgerichte

SGB II-Eilverfahren

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	1.333	1.341	137	1,4	1,1	27,3
2010	1.286	1.307	117	1,2	1,1	9,1
2011	1.262	1.233	143	1,3	1,1	18,2
2012	1.351	1.351	143	1,3	1,2	8,3
2013	1.311	1.340	114	1,2	1,0	20,0
I.Quartal 2014	319	319	114	1,2	-	-
II. Quartal 2014	287	290	111	1,3	-	-
1. Hj. 2014	606	609	111	-	-	-

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Klageverfahren I. Instanz

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	21	7	14	3,2	-	-
2010	52	15	51	5,7	-	-
2011	27	40	38	10,6	-	-
2012	82	25	97	11,0	-	-
2013	36	38	65	16,9	-	-
I.Quartal 2014	9	9	65	22,4	-	-
II. Quartal 2014	9	10	63	12,8	-	-
1. Hj. 2014	18	19	128	-	-	-

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Einstweiliger Rechtsschutz in Verfahren nach § 29 SGG

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	7	3	4	1,3	-	-
2010	21	7	18	8,5	-	-
2011	4	21	1	3,6	-	-
2012	5	3	3	2,2	-	-
2013	3	4	1	3,3	-	-
I.Quartal 2014	6	2	5	5,5	-	-
II. Quartal 2014	1	5	1	2,3	-	-
1. Hj. 2014	7	7	6	-	-	-

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Berufungen

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	2.673	3.183	4.769	20,4	16,1	26,7
2010	2.775	3.100	4.444	22,3	16,6	34,3
2011	2.961	2.934	4.469	19,4	16,4	18,3
2012	2.951	2.783	4.631	19,1	16,6	15,1
2013	2.825	2.694	4.763	18,4	16,2	13,6
I.Quartal 2014	696	792	4.665	19,5	-	-
II. Quartal 2014	716	664	4.717	20,4	-	-
1. Hj. 2014	1.412	1.456	4.717	-	-	-

Anlage 1

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg
Beschwerdeverfahren einschließlich Beschwerden im einstweiligen
Rechtsschutz

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand am Ende des Berichtszeitraumes	durchschn. Verfahrensdauer Beschwerden (gesamt) in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	2.183	2.182	625	3,3	4,1	-19,5
2010	2.353	2.257	722	3,2	4,1	-22,0
2011	2.152	2.194	680	3,7	4,3	-14,0
2012	2.849	2.690	843	3,2	4,2	-23,8
2013	2.828	2.809	859	3,1	4,4	-29,5
I.Quartal 2014	681	733	803		-	-
II. Quartal 2014	699	686	812		-	-
1. Hj. 2014	1.380	1.419	812	-	-	-

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg - Einstweiliger Rechtsschutz

Einstweiliger Rechtsschutz

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand am Ende des Berichtszeitraumes	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	186	184	17	1,2	2,7	-55,6
2010	8	23	2	1,6	3,1	-48,4
2011	22	20	3	2,2	3,2	-31,3
2012	19	21	1	1,6	2,0	-20,0
2013	15	14	2	0,5	2,5	-80,0
I.Quartal 2014	5	5	2	0,9	-	-
II. Quartal 2014	5	2	5	0,3	-	-
1. Hj. 2014	10	7	5	-	-	-

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg SGB II Verfahren

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg Berufungen - SGB II

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	409	372	542	12,9	11,7	10,3
2010	550	409	683	14,1	12,4	13,7
2011	623	489	817	13,9	14,6	-4,8
2012	787	508	1.094	13,7	14,8	-7,4
2013	827	699	1.223	15,2	15,3	-0,7
I. Quartal 2014	231	189	1.264	17,2	-	-
II. Quartal 2014	184	170	1.278	17,4	-	-
1. Hj. 2014	414	359	1.278	-	-	-

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg Beschwerdeverfahren - SGB II einschließlich Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer Beschwerden (gesamt) in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	1.582	1.566	410	3,0	3,8	-21,1
2010	1.670	1.560	520	2,8	4,0	-30,0
2011	1.529	1.549	506	3,8	4,3	-11,6
2012	2.137	1.975	671	3,2	4,1	-22,0
2013	2.179	2.159	687	3,1	4,3	-27,9
I. Quartal 2014	505	562	626	-	-	-
II. Quartal 2014	518	513	627	-	-	-
1. Hj. 2014	1.023	1.075	627	-	-	-

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg Einstweiliger Rechtsschutz - SGB II

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	112	108	9	1,1	2,5	-56,0
2010	3	12	0	1,6	3,2	-50,0
2011	9	8	1	1,5	2,3	-34,8
2012	8	9	0	0,2	1,8	-88,9
2013	5	4	1	0,2	1,5	-86,7
I. Quartal 2014	0	1	0	1,2	-	-
II. Quartal 2014	4	1	3	0,5	-	-
1. Hj. 2014	4	2	3	-	-	-

Arbeitsgerichte

Arbeitsgerichte

Urteilsverfahren einschließlich der Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand*	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	12.133	12.390	3.495	2,7	3,0	-10,0
2010	11.893	11.984	3.405	2,9	3,3	-12,1
2011	12.046	12.234	3.218	2,8	3,1	-9,7
2012	11.209	11.500	2.927	2,7	3,1	-12,9
2013	10.896	10.932	2.891	2,4	3,0	-20,0
I. Quartal 2014	2.684	2.930	2.655	2,7	-	-
II. Quartal 2014	2.242	2.447	2.450	2,7	-	-
1. Hj. 2014	4.926	5.377	2.450	-	-	-

* Abweichungen zur Differenz aus Neuzugängen und Erledigungen ergeben sich aus Bestandsberichtigungen

Mit der Einführung der Statistikanordnung im Jahr 2009 wurden Bestandskorrekturen vorgenommen.

Arbeitsgerichte

Beschlussverfahren einschließlich der Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand*	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	428	382	190	3,7	3,6	2,8
2010	506	565	131	3,3	3,8	-13,2
2011	408	459	80	2,9	4,0	-27,5
2012	379	338	121	2,4	3,7	-35,1
2013	335	368	88	3,4	3,8	-10,5
I. Quartal 2014	87	79	96	3,1	-	-
II. Quartal 2014	92	80	108	2,3	-	-
1. Hj. 2014	179	159	204	-	-	-

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg Berufungsverfahren einschließlich der Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand*	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	2.006	1.901	1.047	4,3	6,4	-32,8
2010	1.988	2.066	971	4,6	6,2	-25,8
2011	1.859	2.023	809	4,5	6,2	-27,4
2012	1.743	1.720	832	4,6	6,4	-28,1
2013	1.585	1.713	705	4,8	6,4	-25,0
I. Quartal 2014	458	404	759	4,6	-	-
II. Quartal 2014	448	403	803	4,3	-	-
1. Hj. 2014	906	807	803	-	-	-

* Mit der Einführung der Statistikanordnung im Jahr 2009 wurden Bestandskorrekturen vorgenommen.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg Beschwerdeverfahren in Beschluss-sachen einschließlich der Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz

Jahr	Eingänge	erledigte Verfahren	Bestand*	durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Verfahrensdauer Bundesdurchschnitt in Monaten	Abweichung Verfahrensdauer vom Bundesdurchschnitt in %
2009	189	170	102	3,6	6,0	-40,0
2010	201	215	88	3,7	5,0	-26,0
2011	177	196	69	4,2	5,2	-19,2
2012	136	141	64	4,5	5,5	-18,2
2013	155	149	70	3,7	5,3	-30,2
I. Quartal 2014	37	51	56	5,4	-	-
II. Quartal 2014	37	38	55	2,8	-	-
1. Hj. 2014	74	89	55	-	-	-

Geschäftsentwicklung in Familiensachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit		Jahr 2009	Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	I. HJ. 2014
Grundbuchsachen							
eingereichte Urkunden							
Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum sowie von Erbbaurechten		422 (ohne Erbbaurechte)	733	740	822	793	336
Begründung und Veränderung von Eigentum, Veränderung der Berechtigung am Erbbaurecht		77813	65124	75212	65474	65041	32864
Eintragung/Veränderung/Löschung von Rechten in Abt. II und III		126398	118451	115478	113438	113101	56363
Fortführungsnachweise							
separate Fortführungsnachweise zur Teilung, Vereinigung oder Bestandteilszuschreibung		324060	885	742	837	1119	617
sonstige Fortführungsnachweise		170164	170164	83281	61488	31718	22799
Nachlasssachen							
Testamentssachen (IV)		14393	14012	14719	14763	15141	7690
Sonstige Nachlasssachen (VI) insgesamt		15362	18162	19094	19922	20412	10325
darunter		3394	3384	3663	3691	3725	1903
Zuständigkeit des Richters							
Angelegenheiten des Vormundschaftsgerichts und des Betreuungsgerichts							
Betreuungen, Vormundschaften und Pflegschaften							
es blieben am Ende des Jahres insgesamt anhängig							
davon: Betreuungen		49748	51694	51207	51245	49501	47968
Vormundschaften des Vormundschaftsgerichts		45474	46966	48307	48613	47035	45443
Pflegschaften des Vormundschaftsgerichts		1731	1127	387	308	387	561
Pflegschaften des Betreuungsgerichts		2543	2236	885	709	641	533
Adoptionsachen: ausgewiesen sind die Erledigungen		288 (anhängig gemacht)	250	393	362	398	264
Kirchenaustritte		3138	3538	3202	3112	3786	5244

Öffentliche Register										
Anzahl der zum Vereinsregister eingereichten Urkunden										
In das Vereinsregister eingetragene Vereine										
am Schluss des Vorjahres vorhanden										
im Laufe des Jahres eingetragen										
im Laufe des Jahres gelöscht										
verbleiben am Schluss des Jahres										
Anzahl der zum Handelsregister A eingereichten Urkunden										
Eintragungen im Handelsregister A										
In das Handelsregister eingetragene Einzelkaufmänner/Einzelkauffrauen										
am Schluss des Vorjahres vorhanden										
im Laufe des Jahres eingetragen										
im Laufe des Jahres gelöscht										
verbleiben am Schluss des Jahres										
In das Handelsregister eingetragene Offene Handelsgesellschaften										
am Schluss des Vorjahres vorhanden										
im Laufe des Jahres eingetragen										
im Laufe des Jahres gelöscht										
verbleiben am Schluss des Jahres										
In das Handelsregister eingetragene Kommanditgesellschaften										
am Schluss des Vorjahres vorhanden										
im Laufe des Jahres eingetragen										
im Laufe des Jahres gelöscht										
verbleiben am Schluss des Jahres										
In das Handelsregister eingetragene Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung										
am Schluss des Vorjahres vorhanden										
im Laufe des Jahres eingetragen										
im Laufe des Jahres gelöscht										
verbleiben am Schluss des Jahres										
In das Handelsregister eingetragene Rechtsformen ausländischen Rechts HRA										
am Schluss des Vorjahres vorhanden										
im Laufe des Jahres eingetragen										
im Laufe des Jahres gelöscht										
verbleiben am Schluss des Jahres										
In das Handelsregister eingetragene HRA Juristische Personen										
am Schluss des Vorjahres vorhanden										
im Laufe des Jahres eingetragen										
im Laufe des Jahres gelöscht										
verbleiben am Schluss des Jahres										
	5444	5421	5222	5424	6674	2970				
	18288	18204	18129	17976	17790	17712				
	665	490	473	451	1638	200				
	749	565	626	553	1716	213				
	18204	18129	17976	17874	17712	17699				
	2217	2189	2256	2306	2675	1133				
	2770	2320	2201	2171	2150	2154				
	269	130	127	106	234	63				
	137	249	157	131	230	46				
	2902	2201	2171	2146	2154	2171				
	782	588	570	556	527	520				
	61	39	30	33	82	17				
	51	57	44	60	89	20				
	792	570	556	529	520	517				
	4034	3599	3747	3876	3998	4140				
	390	417	431	422	805	192				
	308	269	302	300	663	142				
	4116	3747	3876	3998	4140	4190				
	3	3	4	6	7	7				
	0	1	2	1	0	0				
	0	0	0	0	0	1				
	3	4	6	7	7	6				
	7	4	3	4	5	5				
	1	0	1	1	0	0				
	2	1	0	0	0	3				
	6	3	4	5	5	2				
	20	20	16	16	16	17				
	0	0	0	0	1	1				
	0	4	0	0	0	0				
	20	16	16	16	17	18				

Anzahl der zum Handelsregister B eingereichten Urkunden insgesamt										
darunter										
Zuständigkeit des Richters										
	9547	10515	10590	10957	12799	5833				
	5288	5538	5627	5396	5319	2879				
Eintragungen im Handelsregister B										
In das Handelsregister eingetragene Aktiengesellschaften										
am Schluss des Vorjahres vorhanden	290	298	286	286	286	277				
im Laufe des Jahres eingetragen	30	22	25	19	33	10				
im Laufe des Jahres gelöscht	22	34	25	19	42	7				
verbleiben am Schluss des Jahres	298	286	286	286	277	280				
In das Handelsregister eingetragene Kommanditgesellschaften auf Aktien										
am Schluss des Vorjahres vorhanden	5	2	2	2	2	2				
im Laufe des Jahres eingetragen	0	0	0	0	1	0				
im Laufe des Jahres gelöscht	0	0	0	0	1	0				
verbleiben am Schluss des Jahres	5	2	2	2	2	2				
In das Handelsregister eingetragene Gesellschaften mit beschränkter Haftung										
am Schluss des Vorjahres vorhanden	24033	24481	24851	25353	25971	26504				
im Laufe des Jahres eingetragen	1926	1923	1999	1850	3994	1000				
im Laufe des Jahres gelöscht	1510	1553	1497	1562	3461	693				
verbleiben am Schluss des Jahres davon:	24449	24851	25353	25641	26504	26811				
Unternehmergesellschaften		1797	1743	2169	2600	2774				
In das Handelsregister eingetragene Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit										
am Schluss des Vorjahres vorhanden	0	0	0	0	0	0				
im Laufe des Jahres eingetragen	0	0	0	0	0	0				
im Laufe des Jahres gelöscht	0	0	0	0	0	0				
verbleiben am Schluss des Jahres	0	0	0	0	0	0				
In das Handelsregister eingetragene Europäische Aktiengesellschaften (SE)										
am Schluss des Vorjahres vorhanden	0	0	3	4	3	3				
im Laufe des Jahres eingetragen	0	3	1	1	0	0				
im Laufe des Jahres gelöscht	0	0	0	2	0	0				
verbleiben am Schluss des Jahres	0	3	4	3	3	3				
In das Handelsregister eingetragene Rechtsformen ausländischen Rechts HRB										
am Schluss des Vorjahres vorhanden	648	635	549	465	430	380				
im Laufe des Jahres eingetragen	76	50	29	32	57	11				
im Laufe des Jahres gelöscht	89	136	113	67	107	25				
verbleiben am Schluss des Jahres	635	549	465	430	380	366				
Anzahl der zum sonstigen Register eingereichten Urkunden (Nrn. 15 08 00 - 15 14 00) insgesamt										
darunter										
zum Schiffs- und Schiffsbauregister (Nrn. 15 12 00 - 15 14 00)										
	293	330	273	315	339	147				
	72	73	47	86	73	43				
Eingetragene Genossenschaften										
am Schluss des Vorjahres vorhanden	1096	577	559	538	526	526				
im Laufe des Jahres eingetragen	8	8	11	11	37	0				
im Laufe des Jahres gelöscht	14	26	32	23	37	8				
verbleiben am Schluss des Jahres	1090	559	538	526	526	518				

**Zusammenstellung der Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben der Gerichte im
Justizhaushalt für die Jahre 2009 bis 2014¹**

Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kapitel 04 040)

	2009 in EUR	2010 in EUR	2011 in EUR	2012 in EUR	2013 in EUR	2014 in EUR
Verwaltungs- einnahmen (Hgr. 1)	94.436.864	93.527.347	92.662.405	94.135.114	96.392.496	81.122.592
davon Ge- schäftsbereich OLG	94.285.489	93.331.238	92.449.944	93.890.895	96.093.408	80.905.637
Einnahmen aus Zuweisungen/ Zuschüssen (Hgr. 2)	11.638.166	11.756.933	12.964.526	11.528.454	12.192.323	8.643.000
davon Ge- schäftsbereich OLG	11.601.154	11.722.683	12.898.361	11.528.454	12.128.083	8.643.000
Personal- ausgaben (Hgr. 4)	135.158.076	133.037.511	134.791.299	137.710.004	139.778.406	114.313.539
davon Ge- schäftsbereich OLG	104.310.497	102.089.432	103.247.529	105.968.831	107.646.074	88.036.151
Sachausgaben (Hgr. 5)	104.928.999	108.146.803	108.184.069	108.692.625	112.609.128	86.904.613
davon Ge- schäftsbereich OLG	103.772.394	106.894.456	107.029.935	107.618.830	111.421.273	86.260.671
Ausgaben für Zuweisungen/ Zuschüsse (Hgr. 6)	18.382.202	18.524.983	19.072.083	18.398.590	18.223.998	14.657.684
davon Ge- schäftsbereich OLG	18.382.202	18.524.983	19.072.083	18.398.590	18.223.998	14.657.684
Ausgaben für Investitionen (Hgr. 8)	1.223.851	530.563	977.381	797.529	878.292	251.491
davon Ge- schäftsbereich OLG	968.638	439.739	931.467	726.356	807.723	251.491

¹ 2009 bis 2013: jeweiliger Stand Buchungsliste Landeshauptkasse endgültiger Jahresabschluss.
2014: Stand Buchungsliste Landeshauptkasse per 30.09.2014.

Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit (Kapitel 04 090)

	2009 in EUR	2010 in EUR	2011 in EUR	2012 in EUR	2013 in EUR	2014 in EUR
Verwaltungseinnahmen (Hgr. 1)	1.633.732	1.285.157	1.376.252	1.583.132	2.351.150	1.610.936
Einnahmen aus Zuweisungen/ Zuschüssen (Hgr. 2)	0	0	0	0	0	0
Personalausgaben (Hgr. 4)	7.446.153	7.712.439	8.059.225	8.193.178	7.924.264	6.308.217
Sachausgaben (Hgr. 5)	1.446.367	1.724.590	1.723.240	1.740.714	1.732.975	1.244.902
Ausgaben für Zuweisungen/ Zuschüsse (Hgr. 6)	0	0	0	0	0	0
Ausgaben für Investitionen (Hgr. 8)	93.455	115.378	7.798	13.521	5.127	0

Finanzgericht Berlin-Brandenburg (Kapitel 04 100)

	2009 in EUR	2010 in EUR	2011 in EUR	2012 in EUR	2013 in EUR	2014 in EUR
Verwaltungseinnahmen (Hgr. 1)	1.562.984	2.053.460	1.850.552	1.846.574	2.338.049	1.806.506
Einnahmen aus Zuweisungen/ Zuschüssen (Hgr. 2)	2.704.364	2.088.148	2.267.589	2.465.359	2.429.200	1.400.000
Personalausgaben (Hgr. 4)	4.606.769	4.535.408	4.696.396	4.807.472	5.037.215	4.252.962
Sachausgaben (Hgr. 5)	715.687	689.417	700.333	601.876	682.457	460.685
Ausgaben für Zuweisungen/ Zuschüsse (Hgr. 6)	0	0	0	0	0	0
Ausgaben für Investitionen (Hgr. 8)	0	0	0	74.494	0	0

Arbeitsgerichtsbarkeit (Kapitel 04 110)

	2009 in EUR	2010 in EUR	2011 in EUR	2012 in EUR	2013 in EUR	2014 in EUR
Verwaltungseinnahmen (Hgr. 1)	884.129	918.718	995.809	866.367	895.005	716.663
Einnahmen aus Zuweisungen/ Zuschüssen (Hgr. 2)	0	0	0	0	0	0
Personalausgaben (Hgr. 4)	5.166.094	5.460.466	5.682.448	5.378.612	5.474.014	4.330.626
Sachausgaben (Hgr. 5)	3.037.588	2.845.583	2.832.034	2.907.150	3.032.662	2.396.701
Ausgaben für Zuweisungen/ Zuschüsse (Hgr. 6)	0	0	0	0	0	0
Ausgaben für Investitionen (Hgr. 8)	0	0	24.834	32.540	8.775	1.746

Sozialgerichtsbarkeit (Kapitel 04 120)

	2009 in EUR	2010 in EUR	2011 in EUR	2012 in EUR	2013 in EUR	2014 in EUR
Verwaltungseinnahmen (Hgr. 1)	660.582	641.513	881.107	647.071	723.954	624.551
Einnahmen aus Zuweisungen/ Zuschüssen (Hgr. 2)	0	0	0	0	0	0
Personalausgaben (Hgr. 4)	6.280.929	7.459.704	7.997.433	8.472.594	9.077.388	7.151.049
Sachausgaben (Hgr. 5)	5.365.545	5.944.371	6.345.162	6.525.002	6.798.343	5.312.506
Ausgaben für Zuweisungen/ Zuschüsse (Hgr. 6)	0	0	0	0	0	0
Ausgaben für Investitionen (Hgr. 8)	0	0	129.228	48.240	78.552	64.668

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg (Kapitel 04 121)

	2009 in EUR	2010 in EUR	2011 in EUR	2012 in EUR	2013 in EUR	2014 in EUR
Verwaltungseinnahmen (Hgr. 1)	524.356	754.810	648.278	729.158	1.196.607	656.571
Einnahmen aus Zuweisungen/ Zuschüssen (Hgr. 2)	6.084.494	5.084.694	5.022.500	4.901.942	4.235.472	2.800.000
Personalausgaben (Hgr. 4)	6.098.196	6.185.267	6.419.975	6.649.482	6.571.331	5.314.643
Sachausgaben (Hgr. 5)	1.761.091	1.846.572	1.863.132	1.880.719	1.959.575	1.524.862
Ausgaben für Zuweisungen/ Zuschüsse (Hgr. 6)	0	0	0	0	0	0
Ausgaben für Investitionen (Hgr. 8)	66.522	66.002	208.762	50.505	13.588	21.242

Bauausgaben für Gerichte und Staatsanwaltschaften (Beilage zum Einzelplan 12 des MdF):

Investitionsplan	2009 in EUR	2010 in EUR	2011 in EUR	2012 in EUR	2013 in EUR	2014 in EUR
Teil A	2.957.415	1.394.124	778.411	2.723.097	3.215.190	1.408.902
davon Gerichte	2.602.741	1.307.021	773.250	2.243.771	2.045.278	1.402.051
Teil B²	8.433.103	6.032.324	815.841	846.348	890.895	981.781
davon Gerichte	3.410.075	1.342.428	509.184	548.682	448.847	-

² Die Abweichungen zu den insoweit mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage 3024 (Drs. 5/7738 dort zu Frage 9) für die Jahre 2012 und 2013 mitgeteilten Zahlen beruhen darauf, dass seinerzeit in die Gesamtausgaben des Investitionsplans Teil B auch die Ausgaben für die Justizvollzugsanstalten einbezogen wurden.

**Anzahl der bei den Gerichten des Landes Brandenburg eingegangenen
Verzögerungsrügen**

Gericht	I. Quartal 2013	II. Quartal 2013	III. Quartal 2013	IV. Quartal 2013	Jahr 2013
Amtsgerichte	12	15	13	15	55
Landgerichte	10	16	9	13	48
OLG	1	0	2	1	4
Verwaltungsgerichte	5	5	9	14	33
OVG	0	1	3	1	5
Sozialgerichte	68	78	66	60	272
davon SGB II Verf.	53	48	41	16	158
LSG	9	9	18	16	52
davon SGB II Verf.	0	4	11	5	20
Arbeitsgerichte	0	0	1	0	1
LAG	0	0	0	0	0
Finanzgericht	4	8	5	3	20
Staatsanwaltschaften	1	0	1	1	3
Generalstaatsanwaltschaft	0	0	0	0	0
Summe	110	132	127	124	493

**Anzahl der bei den Obergerichten des Landes Brandenburg eingegangenen
Entschädigungsklagen gem. §§ 198 ff GVG**

Gericht	I. Quartal 2013	II. Quartal 2013	III. Quartal 2013	IV. Quartal 2013	Jahr 2013
OLG	2	2	1	0	5*
OVG	4	2	0	4	10
LSG	37	41	28	23	129
LAG	0	0	0	0	0

*Darüber hinaus ist im Jahr 2013 beim Brandenburgischen Oberlandesgericht ein Verfahren auf Gewährung von Prozesskostenhilfe für eine angestrebte Entschädigungsklage anhängig gemacht worden.

**Anzahl der bei den Gerichten des Landes Brandenburg
eingegangenen Verzögerungsrügen**

Gericht	I. Quartal 2014	II. Quartal 2014
Amtsgerichte	21	23
Landgerichte	20	13
OLG	3	0
Verwaltungsgerichte	6	4
OVG	9	1
Sozialgerichte	79	52
davon SGB II Verf.	47	30
LSG	15	8
davon SGB II Verf.	9	2
Arbeitsgerichte	0	0
LAG	0	0
Finanzgericht	2	2
Staatsanwaltschaften	1	4
Generalstaatsanwaltschaft	0	0
Summe	156	107

**Anzahl der bei den Obergerichten des Landes Brandenburg
eingegangenen Entschädigungsklagen gem. §§ 198 ff GVG**

Gericht	I. Quartal 2014	II. Quartal 2014
OLG	0	0
OVG	3	0
LSG	23	25
LAG	0	0

**Anzahl der erfolgreichen Entschädigungsklagen wegen überlanger
Gerichtsverfahren an Brandenburger Gerichten**

Gerichtsbarkeit	Eingegangene Klagen	Erfolgreiche Klagen (auch teilweise)	Gericht ¹	Jahr ²
Ordentliche Gerichtsbarkeit	2012: 10	5 (jeweils durch Vergleich erledigt)	BbgOLG	2014
	2013: 5			
	2014: 4			
		2	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg	2009 2012
Verwaltungsgerichtsbarkeit		1	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg	2009
	2012: 15	16 (davon 4 Verfahren durch Vergleich erledigt)	OVG Berlin-Brandenburg	2013 2014
	2013: 7			
	2014: 3			
		5 ³ (darunter 4 Verfahren durch Vergleich erledigt)	BVerwG	2013
Sozialgerichtsbarkeit		1	EGMR ⁴	2011
	2012: 11	1	LSG Berlin-Brandenburg	2013
	2013: 65			
	2014: 35			
Finanzgerichtsbarkeit	2012: 0	2	BFH	2014
	2013: 3			
	2014: 2			

¹ Unter „Gericht“ wird das über die Klage entscheidende, nicht das Gericht des Ausgangsverfahrens verstanden.

² Jahr der Entscheidung

³ Da die Revisionsverfahren jeweils gegen teilweise stattgebende Urteile des OVG Berlin-Brandenburg ergingen, sind diese Verfahren auch in der vorgehenden Spalte enthalten.

⁴ In der Antwort auf die Kleine Anfrage 3024 des Abgeordneten Eichelbaum (Drucksache 5/7738) ist die Angabe dieses Verfahrens versehentlich unterblieben.